Unsere nationale Sicherheit im neuen Jahr

Autor(en): **Regli, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-917125

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Unsere nationale Sicherheit im neuen Jahr

Die Urnenabstimmung vom 27. September 2020 zeigte, dass sich ein grosser Teil unserer Bevölkerung wenig für unsere nationale Sicherheitspolitik interessiert, diese nicht verstehen will oder deren Bedeutung herunterspielt. Nur so kann erklärt werden, dass beinahe die Hälfte der Abstimmenden zur Vorlage zum Planungsbeschluss des Bundesrates für eine moderne Luftverteidigung NEIN sagte.

Peter Regli

Für seinen richtungsweisenden Beitrag zur Sicherheitspolitik vom 1. Oktober 2020 in der NZZ wählte Georg Häsler Sansano die Überschrift «Mehr Mut in der Sicherheitspolitik!». Dieser Aufruf ist gerechtfertigt und ernst zu nehmen.

Nur eine sichere Schweiz wird auch ein erfolgreiches, sozial stabiles und ein in die Zukunft gerichtetes Land inmitten Europas bleiben können!

Herausforderungen

Die Schweiz steht grossen sicherheitspolitischen Herausforderungen gegenüber. Nur wenn wir diese kennen, werden wir uns darauf einstellen und gezielte Massnahmen ergreifen können. Kurz zusammengefasst sehen die Risiken und Gefahren wie folgt aus.

Langfristig

Langfristig stellt die Volksrepublik China die grösste Bedrohung für die freie Welt, für die liberale Weltordnung und für die demokratischen Rechtsstaaten dar. Die Zielsetzung von Xi Jinping und dessen kommunistischer Partei wurde bereits 2013 angekündigt und ist unmissverständlich: «China zuerst» sowie «China: Nummer 1»!

Das Projekt der neuen Seidenstrasse, die Militarisierung wichtiger Regionen, wie das Ost- und Südchinesische Meer, die aggressive Handels- und Aussenpolitik, z.B. in Kaschmir und Taiwan, sowie die flagrante Missachtung der Menschenrechte (bei Uiguren, Tibetern u.a.m.) sind enorme Herausforderungen, die es ernst zu nehmen gilt.

Die freie Welt ist mit einer sozialistischen Diktatur mit «chinesischem Antlitz» konfrontiert.

Mittelfristig

Auch in den kommenden Jahren wird der Islamismus, das heisst der Missbrauch der Religion Islam für eine totalitäre, menschen-, frauen- und demokratieverachtende Ideologie, unser christlich-jüdisches Abendland wie ein Karzinom bedrohen.

China hält unterdrückte Uiguren in Lagern fest.

Bild: Business Insider Deutschland

Islamistische Metastasen sind bereits in den meisten westlichen Ländern vorhanden. Terroranschläge, jihadistische Äusserungen und Taten in der Öffentlichkeit und im Netz sind Beweise dafür.

Die Muslime in unseren Ländern müssen ihr lautes Schweigen zu dieser Bedrohung endlich brechen und mithelfen, Extremisten rechtzeitig zu erkennen, zu identifizieren und, gemäss unseren Gesetzen, zu neutralisieren.

Die Gettobildungen, beispielsweise in Frankreich, Deutschland, Belgien und Schweden, sowie die daraus resultierenden sozialen Unruhen und Gewalttaten sind auch Folgen einer gescheiterten Integration in den vergangenen 30 Jahren.

Kurzfristig

Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen sind allgemein bekannt. Sie werden aber nicht immer genügend ernst genommen. Unsere Medien thematisieren zwar regelmässig die Covid-Pandemie, den Terrorismus, den Cyberkrieg mit all seinen Erscheinungsformen sowie die Infodemie (Einfluss von sozialen Medien auf die Gesellschaft, auch mit Falsch- und «alternativen» Meldungen), sie tun es aber meistens ereignisbezogen, nicht nachhaltig und oft ohne eine vertiefte Analyse oder Würdigung.

Für die verantwortlichen Nachrichtendienste, z.B. für unseren NDB, verbleiben weitere Herausforderungen, welche sie permanent im Auge behalten müssen. Diese sind unter anderem die weltweite Machtpolitik, die hybriden Konflikte, der Gewaltextremismus von links und von rechts, Pandemien, Spionage, organisierte Kriminalität, die Klimaveränderung (auch sie hat sicherheitspolitische Auswirkungen), die ABC-Bedrohung, wie z.B. der russische Kampfstoff Nowitschok, anhaltender Stromausfall sowie soziale Unruhen (auch als Folge der Corona-Pandemie).

Terroristischer Angriff in Lugano, November 2020.

Krisenherde

Einen grossen Einfluss auf unsere nationale Sicherheit haben ebenfalls aktuelle Krisenherde und Kriege. Vor der Türschwelle Europas, und somit auch der Schweiz, gibt es Konflikte, um nur einige zu nennen, in Libyen, in der Ukraine, in Mali, in Berg-Karabach oder in Tigray. Dazu kommen Spannungsgebiete mit dem aggressiven Verhalten der Türkei in der Ägäis und in Kurdistan, die Spannungen zwischen Ägypten und Äthiopien, die Unruhen in Weissrussland und die Kriege im Nahen und Mittleren Osten, das heisst in Syrien und Jemen. Russland, Iran und die Türkei spielen dort eine entscheidende, äusserst bedenkliche und verantwortungslose Rolle, eine brutale Interessen- und Machtpolitik.

Die Sicherheits-Verhinderer

Auch wir in der Schweiz leben in dieser unsicheren, ungewissen und unvorhersehbaren Welt. Wir sollten den Ernst dieser Unsicherheit zur Kenntnis nehmen. Mit grossem Unverständnis stelle ich aber fest, dass die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) seit 1989 unverändert aktiv ist und unsere Sicherheit durch ihr Verhalten weiterhin infrage stellt. Die Abschaffung unserer Milizarmee, die strategische Reserve unserer Landesregierung, ist ihre Hauptzielsetzung.

Im Parteiprogramm der SP Schweiz von 2012 ist die Abschaffung der Armee nach wie vor festgehalten. Wir können mitverfolgen, wie die Vertreter dieser Partei mit System daran arbeiten. Anschauungsunterricht bekamen wir im Vorfeld der Abstimmung für eine modernisierte Luftverteidigung vom 27. September 2020. Die Forderung der SP Schweiz nach Abschaffung der Armee ist in diesen unruhigen, unsicheren Zeiten nicht nachvollziehbar und verantwortungslos.

Die Grünen (die GPS) leisten der SP Schweiz in diesen Bestrebungen umfassend und aktiv Unterstützung.

Während der zweiten Corona-Welle gerieten im Herbst 2020 einzelne Kantone an die Grenze ihrer Möglichkeiten. Es kam erneut vor, dass Kantone, welche Vorlagen für unsere Armee an der Urne regelmässig ablehnen (siehe Abstimmung für die Wahrung der Lufthoheit) zu den Ersten gehörten, welche beim Bundesrat die Unterstützung der Armee anforderten. Ob man sich in den Regierungsgebäuden von Genf, Delémont, Neuchâtel oder Fribourg dieser bigotten Haltung bewusst ist?

Die Sicherheits-Unterstützer

Bei der Abstimmung über den erwähnten Planungsbeschluss vom 27. September 2020 sagten mehr als 1,6 Mio. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger JA zur Modernisierung unserer Luftwaffe. Mit dem JA übernahmen diese Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Verantwortung und sprachen unserer nationalen Sicherheit ein wichtiges Mittel zur Wahrung der Lufthoheit nach 2030 zu. Positiv erwähnt seien auch die zahlreichen Organisationen und Verbände, wie SOG, UOV, die Fachredaktionen in den drei Sprachregionen sowie die unzähligen engagierten Frauen und Männer, welche die Bedeutung der nationalen Sicherheit erkannten und sich mit «Herzblut» und Überzeugung dafür einsetzten.

Diese Bürgerinnen und Bürger bringen unser Land weiter!

Sicherheitspolitischer Ausblick

Das neue Jahr wird die internationale Polarisierung noch vermehrt aufzeigen.

Die Administration Biden wird sich primär auf die Herausforderungen im indopazifischen Raum fokussieren. Die neue strategische Spannungsachse wird Washington–Beijing sein. Von den Europäern (die Schweiz gehört dazu) wird seitens der USA auch ein deutlich erhöhter Aufwand für die eigene nationale Sicherheit verlangt werden.

Wir Europäer werden entscheiden müssen, ob wir mit einer nicht perfekten Demokratie (die USA nach dem Trump-Debakel) oder mit einer perfekten Diktatur (Xi mit seinem Sozialismus) leben wollen.

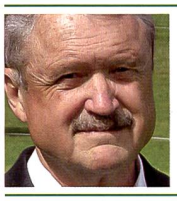
Europa droht die kulturelle Unterwerfung unter den politischen Islam, die ökonomische Unterwerfung durch China und die Erpressbarkeit durch mittlere Mächte, wie die Türkei und Russland.

Was ist zu tun?

Es geht 2021 darum, mehr Interesse an und mehr Mut in der Sicherheitspolitik an den Tag zu legen.

Dies soll nicht nur in den Wandelhallen unseres Parlamentes, sondern auch in den Medien, in den Schulen und, ganz allgemein, in unserer Bevölkerung geschehen. Die westlichen, liberalen Werte müssen wieder vermehrt und mit Überzeugung und Verantwortungsbewusstsein gelebt werden. Das Prinzip des «Managements by Kopfanschlagen», wie anlässlich der Covid-Pandemie im Frühjahr 2020 erlebt, soll in Zukunft vermieden werden.

Es wäre wünschenswert und erfreulich, wenn die Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Kategorie Menschen gehörte, welche dafür sorgt, dass sicherheitspolitisch konkret etwas geschieht. ■



Divisionär a D
Peter Regli
Dipl. Ing. ETHZ